

Rheintex Verwaltungs AG
(vormals Rheinische Textilfabriken AG, gegründet 1910)

Köln

Halbjahresfinanzbericht vom 1. Januar bis 30. Juni 2017

**Bericht des Vorstands über das 1. Halbjahr des 108. Geschäftsjahres 2017
vom 1. Januar bis 30. Juni 2017**

ZWISCHENLAGEBERICHT

I.)

Wir hatten in der Kommunikation mit unseren Aktionären seit längerer Zeit darauf hingewiesen, dass die über 100jährige Börsennotierung unserer Gesellschaft im geregelten Markt vor dem Hintergrund der zunehmenden Regulierungsexzesse aus Berlin und Brüssel nicht mehr ernsthaft vertretbar ist. Mit der deutschen Umsetzung der sogenannten EU-Marktmisbrauchrichtlinie, ein aufgeblasenes Richtlinienwerk, zusammengeschnürt von realitätsentrückten Schreibtischbeamten in Brüssel, sind Maßstab und Augenmaß vollends verlorengegangen. Jede börsennotierte Imbißbude hat nunmehr die gleichen Dokumentations- und Informationspflichten zu beachten wie ein DAX-Konzern - und im Zweifelsfall auch den gleichen Aufwand. Die Selbstberauschung des europäischen und deutschen Gesetzgebers bei der Richtlinienumsetzung hat wirklich wichtige Marktmisbrauchsvorkehrungen jedoch nicht in Angriff genommen:

Nach wie vor ist es kursfestlegenden Personen im Börsenfreiverkehr möglich, durch Stückzahlen unterlegte Geld- oder Briefkurse zu stellen, die offenbar frei zusammenphantasiert sind und sofort dann zurückgezogen werden, wenn dazu korrespondierende Kauf- bzw. Verkauforders erteilt werden. Um diese Art von Marktmanipulation, von der auch unsere Gesellschaft wiederholt betroffen war, kümmert sich ersichtlich niemand in diesem Land oder in Brüssel. Es handelt sich daher um eine staatlich genehmigte, zumindest aber geduldete Rosstäuscherei der Kapitalmarktteilnehmer. Wer in dieser Republik jedoch selbst im tiefsten Freiverkehr unlimitiert Aktien an seine Schwiegermutter verkauft, hat wegen Marktmanipulation den Staatsanwalt im Haus.

Für unsere Gesellschaft war es in den vergangenen Wochen wichtig, das arbeits-, zeit- und geldaufwendige Delistingverfahren durchzuführen, das nach der Neufassung des Börsengesetzes ein von der Bundesanstalt für Finanzdienstleistungsaufsicht (BaFin) zu gestattendes Abfindungsangebot erforderte. Für den Kostenaufwand hatten wir bereits im letzten Jahresabschluß einen Betrag in Höhe von 60 T€ zurückgestellt. Dieser war ausreichend bemessen. Es hätte jedoch einen deutlich sechsstelligen Betrag erfordert, wenn wir das Verfahren nicht selbst gestaltet, sondern extern in die Hände von Beratern

gelegt hätten. Es ist kostengünstiger, eine deutsche Aktiengesellschaft nach Liechtenstein oder Island zu verschmelzen (was tatsächlich rechtlich zulässig ist) als sie von der Börse zu nehmen. Der BaFin danken wir in diesem Zusammenhang für ihre professionelle Begleitung.

Festzustellen ist jedoch, dass nach den vom deutschen Gesetzgeber erlassenen Gebührenvorschriften für das Prüfungsverfahren der BaFin offenbar eine Quersubventionierung zu Gunsten großkapitaler Konzerne durch kleinere Gesellschaften wie die unsere stattfindet. Die Gebühr für die Gestattung einer Angebotsunterlage durch die BaFin beträgt zwischen 10.000 und 100.000 €. In unserem Fall war eine Angebotsunterlage von 34 Seiten zu prüfen (Mindestgebühr: 10.000 €) - bei der Übernahme der Linde AG wurde eine Angebotsunterlage von 1.337 Seiten mit komplexen internationalen Sach- und Rechtsverhalten geprüft (Höchstgebühr: 100.000 € - also gewissermaßen ein „Schnäppchenpreis“). Auch diese inadäquate Belastung kleiner Gesellschaften durch deutsche abseitige Rechtsvorschriften ist ein unerträglicher Zustand.

Das Ergebnis des vom Gesetzgeber nunmehr vorgeschriebenen Delistingverfahrens mit Barangebot ist in unserem Fall ernüchternd. Bis heute, einen Tag vor Ablauf der Annahmefrist, hat 1 (in Worten: ein!) Aktionär mit 2.340 Aktien die Barabfindung zu 9,20 € angenommen. Der Aufwand (ohne Zeitaufwand von Vorstand und Aufsichtsrat im Zusammenhang mit dem Delisting) beläuft sich damit pro Aktie auf fast 35,00 Euro (für einen einzigen Aktionär!). Es liegt nicht fern, eine solche Rechtsfolge als absurd zu bezeichnen.

Es war uns angelegen, den Ausgang des Delistingverfahrens noch in diesem Halbjahresbericht den Aktionären gegenüber darzustellen. Dies auch deswegen, weil die Angebotsunterlage zum Delisting eine gegenüber dem Halbjahresabschluss aktuellere Vermögensaufstellung (nämlich zum 31. Juli 2017) enthält und nicht zwei verschiedene unterjährige Abschlüsse miteinander während des Delistingverfahrens konkurrieren sollten. Die Zahlen zum 31. Juli 2017 haben naturgemäß die Zahlen zum 30. Juni 2017 überholt.

II.)

Die wesentlichen ökonomischen Rahmendaten haben sich im ersten Halbjahr 2017 gebessert. Die Analysten von der Deutschen Bank (der viertgrößte Devisenhändler weltweit) hatten im November 2016 prophezeit, dass der Euro Ende 2017 nur noch 0,95 USD wert sein wird. Wir haben im Hinblick auf den Leistungsbilanzüberschuß, den die Eurozone erwirtschaftet, dem Bankorakel entgegengehalten, dass ein Wechselkursverhältnis von 1,10 USD jedenfalls dauerhaft nicht unterschritten wird.

Wir schrieben am 27. März dieses Jahres in unserem Geschäftsbericht: „Für das laufende Geschäftsjahr 2017 rechnen wir mit einem Rückschlagsrisiko auf bis zu 10.000 Indexpunkte und neuen Dax-Höchstständen bis zu maximal 14.000 Punkten.“ Wir haben auch in diesem Punkt keine Fehlprognose abgegeben, obwohl das Handelsblatt am gleichen Tag folgendes zu berichten wusste: „Noch nie seit dem Start der Handelsblatt-Umfrage im September 2014 war der Pessimismus so groß wie derzeit. Privatanleger sichern vor

drohenden Kursverlusten massiv ab.“ Wir bleiben bei unserer Aussage aus dem März.

Wir bleiben auch dabei, dass all das, was immer am Kapitalmarkt an Schreckgespenstern von Trump bis Brexit gemalt worden ist, mittelfristig nicht von Belang für die Kursentwicklung am Aktienmarkt ist. Der politische Rechtsruck in Europa, die Quittung für den Jahrhundertfehler einer rührend naiven deutschen Kanzlerin mit einer Migrantenpolitik abseits aller Rechtsgrundlagen, wird sich nicht auf den Kapitalmarkt auswirken, sondern vor allem auf die öffentlichen Kassen. Es geht nicht um Obergrenzen, sondern darum, der Wirtschafts- und Sozialempfangsmigration abseits der grundgesetzlich tatsächlich Asylberechtigten einen wirksamen Riegel vorzuschieben. Flüchtlinge, die nach drei Jahren in Deutschland als integriert gelten, haben einen Anspruch auf unbefristeten Aufenthalt. Nur 240 von über 200.000 Flüchtlingen wurde 2016 der unbefristete Aufenthalt verwehrt. Demnach müssten 99,9% aller Migranten als hierzulande integriert angesehen werden - ein neuer Fall von Wahrheit als politischer Opportunitätskategorie. Die deutsche Weiter-so-Politik hat ein geradezu libidinöses Verhältnis zur Realitätsverleugnung. Eine solche Politik richtet sich in der Zukunft selbst.

Das Anlegerverhalten blendet aktuell noch latente Risiken aus, die seit Jahren von der europäischen Politik nicht oder nicht entschlossen genug angegangen werden. Wir können uns nur stichwortartig wiederholen: Liquiditätsdiarrhoe der Europäischen Zentralbank unter Herrn Draghi; Mithaftung der europäischen Länder mit strukturell wenig anfälligen Banken für die Schrottbanken in den Staaten am Mittelmeer; Zunahme der Risiken in allen Assetklassen (Zinserhöhungsrisiko bei festverzinslichen Papieren; höhere KGV-Verhältnisse bei Aktien). Geld hat seinen Preis - dieser Preis definiert sich durch Zinsen. Ein Wirtschaftsgut, das mit Negativzinsen belastet ist (für das der Anleger nach Ablauf der Anlage also zwingend weniger zurückerhält als bei seiner Anlageentscheidung), ist eine Kapitalanlage mit Verwesungsgeruch. Nachdem endlich zunehmend erkannt wird, dass die Türkei in ihren heutigen Strukturen nicht zu Europa gehört und auch nicht für Europa passend gemacht werden kann, verbreitet EU-Kommissionspräsident Juncker nun die nächste europäische Wahnidee: Europa schenkt Rumänien und Bulgarien den Euro! Wir würden gerne an dem Verstand des Herrn Präsidenten anklopfen, um festzustellen, ob er aus Glückskeksen oder aus der Glaskugel derartige Vorschläge gewinnt - einen ökonomischen Seriositätsanspruch hat solcher Schwachsinn nicht; einen politischen auch nicht.

III.)

Wir setzen bei unseren Investments weiterhin schwerpunktmäßig auf deutsche Aktien, weil Rentenanlagen keine risikoadäquate Verzinsung erbringen, Sachwerte keine Dividenden ausschütten und wir für Deutschland zumindest noch für das nächste Jahr von einem deutlichen Wachstum ausgehen. Unsere Anlagepolitik bleibt langfristig ausgerichtet. Wir investieren grundsätzlich konservativ und daher nicht in Ländern mit Lotterökonomien oder verlüderten Rechtsordnungen.

Wir haben im ersten Halbjahr einen Überschuß i.H.v. gut 1 Mio. € erzielt. Dies entspricht, bezogen auf unser Eigenkapital, das nunmehr 4,68 Mio. € aufweist, einer Rendite von 43% p.a. Eine solche Rendite schlägt alle Indices, von Kryptowährungen abgesehen, und

kann als zufriedenstellend bezeichnet werden.

Maßgeblichen Anteil an diesem Erfolg hat unser Investment in Aktien der Softship AG. Wir haben uns mit dem australischen Mehrheitsaktionär über den Verkauf des von uns gehaltenen Aktienpaketes verständigen können. Aufgrund dieses Sondereffekts sind Vergleiche mit Vorjahreszeiträumen nicht aussagefähig.

Die stillen Reserven in den Wertpapieren betragen zu Börsenkursen per 30. Juni 2017 ca. 1,965 Millionen Euro. Wir bilanzieren zum strengen Niederstwertprinzip nach HGB. Abschreibungen i.H.v. 107 T€ stehen Zuschreibungen i.H.v. 125 T€ gegenüber. Im Hinblick auf unsere Nachbesserungspositionen bei Barabfindungen (HypoVereinsbank) haben sich in den Spruchverfahren im ersten Halbjahr keine durchschlagend neuen Bewertungserkenntnisse ergeben.

Unsere Beteiligung in Höhe von mehr als 3 % an der Ludwig Beck am Rathauseck- Textilhaus Feldmeier AG, München, entwickelt sich weiterhin planmäßig stabil. Die Integration der Wormland-Gruppe ist aus unserer Sicht nicht mit der Geschwindigkeit umgesetzt worden, die geplant war. Dieses Investment ist zudem durch eine Immobilie im Zentrum von München (Marienplatz) unterlegt.

Die Entwicklung unserer Beteiligung an der Immobilie Essen-Brunnenstraße im Rahmen einer BGB-Gesellschaft verläuft im Rahmen unserer langfristigen Planung. Das Objekt ist bis 2032 fest und mietindexiert vermietet. Ausfälle bestehen nicht.

Zum 30. Juni 2017 bestand eine gedeckte Stillhalter-Putoption in Aktien der Lufthansa AG. Die Aktien wurden nicht abgerufen. Zum Stichtag bestand für diese Option, gemessen am Stichtagskurs, ein nicht realisierter Verlust i.H.v. 12,2 T€. Die Prämie wurde bei Ablauf der Option im Juli in voller Höhe ertragswirksam vereinnahmt. Ansonsten bestanden zum Stichtag keine Derivatpositionen.

Ausblick

Die Geschäftsentwicklung des zweiten Halbjahres 2017 und die damit verbundenen Chancen und Risiken werden wiederum ganz überwiegend durch den börsenmäßigen Wertverlauf unserer Beteiligungen bestimmt werden. Wir rechnen gegenüber dem Vorjahr mit einem gegenüber dem Vorjahr deutlich erhöhten Jahresüberschuss, sofern es nicht zu größeren Deviationen am deutschen Aktienmarkt kommt.

Wir gehen in Europa weiterhin von einer länger andauernden Niedrigzinsphase aus - daher werden auskömmliche Renditen weiterhin nur mit einem größeren Assetrisiko erkaufte werden können. Wir rechnen für das zweite Halbjahr zudem mit einem moderaten Anstieg der Inflationsrate, die jedoch unter 2% verbleibt. Die das Börsenumfeld bestimmenden Risikofaktoren sind teilweise im Lagebericht beschrieben.

Wir prüfen derzeit ein weiteres Immobilienengagement.

Risiko-/Chancenbericht

In unseren Geschäftsberichten wird das installierte Risikomanagementsystem beschrieben. Gegenüber der dort dargestellten Risikosituation ergaben sich im Berichtszeitraum keine wesentlichen Veränderungen. Für die Gesellschaft sind derzeit keine den Bestand gefährdenden Risiken erkennbar.

Sofern in der zweiten Jahreshälfte Investitionen in Aktien von Abfindungskandidaten mit Nachbesserungspotential vorgenommen werden, so können aufgrund vorstehend beschriebener Konstellation im Rahmen der Andienung solcher Aktienpositionen Buchverluste entstehen. Weder der Zeitpunkt der Abfindungszahlung noch der Zeitpunkt und die Höhe einer eventuellen Nachbesserung der Abfindung lassen sich verlässlich prognostizieren. Die Geschäftsergebnisse der Gesellschaft aus derartigen Positionen sind folglich mit vielfältigen Unwägbarkeiten behaftet.

Die hohe, nicht immer fundamental nachvollziehbare Schwankungsbreite der Kurse von Aktien, die sich im Bestand der Gesellschaft befinden, kann zu Vermögensminderungen oder aber auch Vermögenszuwächsen führen. Im Berichtszeitraum war das Risiko des Unternehmens weder durch Termin- und Derivatgeschäfte noch durch wesentliche Fremdkapitalaufnahme besonders erhöht.

Die Liquiditätslage zum Stichtag ist durch Überliquidität gekennzeichnet. Es bestehen keine Bankverbindlichkeiten.

Wesentliche Geschäfte mit nahestehenden Personen wurden im Berichtszeitraum nicht getätigt.

In der Zeit vom 1. Juli 2017 bis zum Tag der Abfassung dieses Berichts haben sich keine signifikanten Änderungen in der Vermögens- und Ertragslage ergeben.

Die nachfolgende Halbjahresbilanz bildet noch nicht die vorgesehene Rücklagendotierung durch Beschluss der noch einzuberufenden Hauptversammlung ab. Hierzu wird der Vorstand einen entsprechenden Gewinnverwendungsvorschlag unterbreiten. Der verbleibende Bilanzgewinn soll dann auf neue Rechnung vorgetragen werden.

Versicherung des gesetzlichen Vertreters

Nach bestem Wissen versichert der Vorstand, dass dieser Zwischenabschluss ein den tatsächlichen Verhältnissen entsprechendes Bild im Sinne von § 264 Abs. 2 Satz 1 HGB vermittelt bzw. der Anhang Angaben nach § 264 Abs. 2 Satz 2 HGB enthält und im Lagebericht der Geschäftsverlauf einschließlich des Geschäftsergebnisses und die Lage der Gesellschaft so dargestellt sind, dass ein den tatsächlichen Verhältnissen entsprechendes Bild vermittelt wird und dass die wesentlichen Chancen und Risiken der voraussichtlichen Entwicklung des Unternehmens im Sinne von § 289 Abs. 1 Satz 4 HGB beschrieben sind.

ZWISCHENBILANZ zum 30. Juni 2017

Rheintex Verwaltungs AG (vormals Rheinische Textilfabriken AG, gegründet 1910), Köln

AKTIVA	30.06.2017	31.12.2016
	EUR	EUR
A. Anlagevermögen	3.959.190,81	3.392.450,86
I. Sachanlagevermögen	578,01	866,00
1. andere Anlagen, Betriebs- und Geschäftsausstattung	578,01	866,00
II. Finanzanlagen	3.958.612,80	3.812.972,36
1. Beteiligungen	218.989,37	218.989,37
2. Wertpapiere des Anlagevermögens	3.739.623,43	3.593.982,99
B. Umlaufvermögen	1.148.820,68	193.655,72
I. Forderungen und sonstige Vermögensgegenstände	35.982,00	165.288,46
1. sonstige Vermögensgegenstände	35.982,00	165.288,46
II. Wertpapiere	1,00	21.501,00
1. sonstige Wertpapiere	1,00	21.501,00
III. Kassenbestand, Bundesbankguthaben, Guthaben bei Kreditinstituten	1.112.837,68	6.866,26
C. Rechnungsabgrenzungsposten	0,00	250,00
Summe Aktiva	5.108.011,49	4.007.744,08
PASSIVA		
A. Eigenkapital	4.681.483,81	3.674.852,51
I. Gezeichnetes Kapital	1.809.973,26	1.809.973,26
II. Gewinnrücklagen	1.500.000,00	1.500.000,00
1. gesetzliche Rücklage	255.645,94	255.645,94
2. andere Rücklagen	1.244.354,06	1.244.354,06
III. Bilanzgewinn	1.371.510,55	364.879,25
B. Rückstellungen	421.227,22	328.003,36
1. Steuerrückstellungen	107.027,22	103.543,76
2. sonstige Rückstellungen	314.200,00	224.459,60
C. Verbindlichkeiten	5.300,46	4.888,21
1. Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten	0,00	0,00
2. Sonstige Verbindlichkeiten	5.300,46	4.888,21
Summe Passiva	5.108.011,49	4.007.744,08

GEWINN- UND VERLUSTRECHNUNG vom 01.01.2017 bis 30.06.2017

Rheintex Verwaltungs AG (vormals Rheinische Textilfabriken AG, gegründet 1910), Köln

	01.01.2017- 30.06.2017	01.01.2016- 30.06.2016
	EUR	EUR
	1.103.966,9	
1. sonstige betriebliche Erträge	8	191.398,92
2. Personalaufwand	60.000,00	0,00
a) Löhne und Gehälter	60.000,00	0,00
3. Abschreibungen	626,54	288,99
a) auf immaterielle Vermögensgegenstände des Anlageverm. und Sachanlagen	626,54	288,99
4. sonstige betriebliche Aufwendungen	55.031,29	37.180,16
5. Erträge aus Beteiligungen	7.000,00	7.000,00
6. Erträge aus anderen Wertpapieren und Ausleihungen des Finanzanlagevermögens	126.732,79	154.661,25
7. sonstige Zinsen und ähnliche Erträge	0,00	0,00
8. Abschreibungen auf Finanzanlagen und auf Wertpapiere des Umlaufvermögens	31.229,54	145.263,52
9. Zinsen und ähnliche Aufwendungen	2.175,93	507,65
	1.088.637,4	
10. Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit	7	169.819,85
10. Steuern vom Einkommen und Ertrag	82.005,17	55.984,98
	1.006.631,3	
11. Halbjahresüberschuss	0	113.834,87
12. Gewinnvortrag aus dem Vorjahr	364.879,25	1.073.997,85
13. Einstellungen in Gewinnrücklagen	0,00	0,00
	1.371.510,5	
13. Bilanzgewinn	5	1.187.832,72

ANHANG

Allgemeine Angaben

Der Zwischenabschluss ist gemäß den Vorschriften des Handelsgesetzbuches, des Aktiengesetzes sowie des Wertpapierhandelsgesetzes unter Beachtung der Regelungen der Satzung aufgestellt. Dieser Zwischenabschluss und Zwischenlagebericht wurde weder gemäß § 317 HGB geprüft noch einer prüferischen Durchsicht durch einen Abschlussprüfer unterzogen. Die bei der Erstellung des Halbjahresabschlusses zum 30. Juni 2017 angewandten Bilanzierungs- und Bewertungsmethoden entsprechen denjenigen bei der Erstellung des Jahresabschlusses zum 31. Dezember 2016 angewandten Methoden. Dies gilt auch für die Vergleichsinformation bezüglich des Zwischenabschlusses zum 30. Juni 2016.

Angaben zur Bilanz

Anlagevermögen

Die Zusammensetzung und Entwicklung der Werte des Anlagevermögens sind aus dem nachfolgenden Anlagespiegel ersichtlich.

Anlagespiegel

	Anschaffungs-, Herstellungs- kosten 01.01.2017	Zugänge	Abgänge	Anschaffungs-, Herstellungs- kosten 30.06.2017
	EUR	EUR	EUR	EUR
A. Anlagevermögen				
I. Sachanlagen				
1. andere Anlagen, Betriebs- und Geschäftsausstattung	1.733,98	338,55	0,00	2.072,53
Summe Sachanlagen	1.733,98	338,55	0,00	2.072,53
II. Finanzanlagen				
1. Beteiligungen	218.989,37	0,00	0,00	218.989,37
2. Wertpapiere des Anlagevermögens	4.128.179,07	2.808.939,71	2.795.014,17	4.142.104,61
Summe Finanzanlagen	4.347.168,44	2.808.939,71	2.795.014,17	4.361.093,98
Summe Anlagevermögen	4.348.902,42	2.809.278,26	2.795.014,17	4.363.166,51

	kumulierte Abschreibungen 01.01.2017	Zugänge	Abgänge	Zuschreibungen	kumulierte Abschreibungen 30.06.2017
	EUR	EUR	EUR		EUR
A. Anlagevermögen					
I. Sachanlagen					
1. andere Anlagen, Betriebs- und Geschäftsausstattung	867,98	626,54	0,00	0,00	1.494,52
Summe Sachanlagen	867,98	626,54	0,00	0,00	1.494,52

II. Finanzanlagen

1. Beteiligungen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
2. Wertpapiere des Anlagevermögens	534.196,08	31.229,54	0,00	162.944,44	402.481,18
Summe Finanzanlagen	534.196,08	31.229,54	0,00	162.944,44	402.481,18
Summe Anlagevermögen	535.064,06	31.856,08	0,00	162.944,44	403.975,70

	Buchwert 01.01.2017	Buchwert 30.06.2017
	EUR	

A. Anlagevermögen

I. Sachanlagen

1. andere Anlagen, Betriebs- und Geschäftsausstattung	866,00	578,01
Summe Sachanlagen	866,00	578,01

II. Finanzanlagen

1. Beteiligungen	218.989,37	218.989,37
2. Wertpapiere des Anlagevermögens	3.593.982,99	3.739.623,43
Summe Finanzanlagen	3.812.972,36	3.958.612,80
Summe Anlagevermögen	3.813.838,36	3.959.190,81

Positionen des Umlaufvermögens sind grundsätzlich mit den Nennwerten angesetzt, im Falle von Wertpapieren mit dem Kurswert.

Die Bewertung von Optionen, die an der Börse oder einem anderen organisierten Markt gehandelt werden, erfolgt grundsätzlich anhand des letzten verfügbaren handelbaren Kurses zum Stichtag 30. Juni 2017.

Das gezeichnete Kapital von TEUR 1.810 ist eingeteilt in 708.000 auf den Inhaber lautende Stückaktien mit dem rechnerischen Nennwert von EUR 2,557 je Aktie.

Rückstellungen sind für Aufsichtsratsvergütung, Kosten der Hauptversammlung und Geschäftsberichte, für das beabsichtigte Delisting sowie für Jahresabschlussprüfung gebildet.

Rückstellungen für drohende Verluste aus Optionsgeschäften sind in Höhe von TEUR 12,2 gebildet. Hierauf würden aktive latente Steuern von TEUR 3,9 entfallen, unter Anwendung eines Steuersatzes von 32%. Auf den Ansatz der aktiven latenten Steuern wird gem. § 274 Abs. 1 S. 2 HGB verzichtet.

Die Verbindlichkeiten sind grundsätzlich mit den Nennwerten angesetzt.

Es bestanden per 30. Juni 2017 keine Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten.

Angaben zur Gewinn und Verlustrechnung

Unter den sonstigen betrieblichen Erträgen sind Erträge aus dem Abgang von Gegenständen des Finanzanlagevermögens, Zuschreibungen auf den Kurswert von Wertpapieren und Erträge aus Optionsgeschäften des ersten Halbjahres erfasst. Verluste aus Derivatgeschäften hat es im ersten Halbjahr nicht gegeben.

Unter den sonstigen betrieblichen Aufwendungen sind u. a. Abschluss- und Prüfungskosten, Kosten für die Hauptversammlung und Aufsichtsratsvergütungen, drohende Verluste aus Optionsgeschäften sowie Verluste aus dem Abgang von Gegenständen des Anlagevermögens erfasst.

Die Erträge aus anderen Wertpapieren und Ausleihungen des Finanzanlagevermögens betreffen Dividenden.

Sonstige Angaben

Im ersten Halbjahr 2017 wurden für die Bezüge des Aufsichtsrates pro rata temporis TEUR 4,3 gebildet.

Vorstand ist Herr Karl-Walter Freitag, Kaufmann, Köln. An den Vorstand wurden im ersten Halbjahr 2017 keine Bezüge gezahlt.

Der Aufsichtsrat setzt sich wie folgt zusammen:

- Herr Dr. Robert Hillmann, Dipl.-Kaufmann, Würzburg (Vorsitzender)
- Herr Johannes Zilkens, Rechtsanwalt, Köln (stellvertretender Vorsitzender)
- Frau Marina Küppers, selbständig, Algaida (Spanien)

Alle Veränderungen im Aktionärskreis werden durch die Veröffentlichungen gemäß §§ 21,

22 WpHG bekanntgemacht und der Bundesanstalt für Finanzdienstleistungsaufsicht gemeldet. Im Berichtszeitraum ergab sich keine neue Meldungslage. Vorstand und Aufsichtsrat der Gesellschaft haben beschlossen, den Corporate Governance Kodex nicht anzuwenden und haben hierzu den Aktionären eine negative Entsprechenserklärung zugänglich gemacht.

Köln, den 12. Oktober 2017

Rheintex Verwaltungs AG
(vormals Rheinische Textilfabriken AG, gegründet 1910)

Der Vorstand:
(Karl-Walter Freitag)